

Köln, 22. November 2003

Die Türkei ist erschüttert worden durch zwei terroristische Doppelanschläge innerhalb einer Woche. Beim ersten wurden 25 Menschen getötet und 303 verletzt, beim zweiten noch mehr Menschen in den Tod gerissen und rund 400 verletzt.

Als "Föderation der Vereinigungen des Gedankenguts Atatürks in Europa" verurteilen wir diese mörderischen Anschläge auf das Schärfste.

Wenn auch die Motive der Täter und ihrer Hintermänner, ihre Gründe für die Wahl von Zeit und Ort sicher im Einzelnen noch zu erhellen sind, lässt sich gewiss doch schon das Folgende sagen:

Was den Zeitpunkt betrifft: Mindestens der zweite Anschlag dürfte mit dem Staatsbesuch des US-Präsidenten in London zusammenhängen, beim engsten Verbündeten der USA im Irak-Krieg. Beide Termine fielen übrigens in den doch der religiösen Einkehr gewidmeten Fastenmonat Ramadan - was allen Sympathisanten des Fundamentalismus deutlich machen dürfte: Hinter diesen Unmenschlichkeiten steht nicht Religion, sondern ein sehr weltlicher abgrundtiefer Hass gegen alles "Westliche", welcher sich mit Religion lediglich maskiert.

Diesen Hass hat Präsident Bush, instinktiv auf Krieg statt auf einfühlende Politik setzend, durch seinen Feldzug im Irak nicht erstickt, es ist vielmehr ein neues Zentrum des Terrorismus entstanden. Und - das betrifft den Ort der Anschläge - in den Brandherd Irak soll wohl nun auch die Türkei mit hineingestoßen werden.

Warum gerade die Türkei, die doch ein von Muslimen bewohntes Land ist?

Den Fundamentalisten - ob in der Türkei oder zum Beispiel in Deutschland lebend - ist anstößig, dass die Türkei seit Atatürk laizistisch verfasst ist. Trennung von Religion und Politik ist der wohl wichtigste Grundsatz, den der Schöpfer der modernen Türkei - wohlgerne bei gleichzeitiger Stärkung des türkischen Nationalbewusstseins - vom philosophischen und politischen Denken des modernen Westens übernommen hat. (Als Pendant taucht denn auch in den Bekennerbüchern zu den Anschlägen eine "Front der Vorkämpfer für den Großen Islamischen Osten" auf).

Zu diesem gewissermaßen schon historischen Stein des Anstoßes wird aktuell getreten sein, dass die gegenwärtige türkische Regierung sich in Sachen Irak-Krieg letztlich doch als den USA gegenüber zu willfährig dargestellt hat, was sie in den Augen der Fundamentalisten mit Großbritannien vergleichbar macht.

Wichtig ist für die Türkei, sich nach den schrecklichen Ereignissen darüber klar zu werden: Gewaltbereite Fundamentalisten gibt es nicht nur in weiter östlichen Ländern, etwa im fernen Pakistan, sondern, wie durch die Identifizierung der Selbstmordattentäter erwiesen, sehr wohl im Lande selbst. Sie dürften nicht erst seit dem Irak-Krieg enttäuscht von der gegenwärtigen Regierung sein: Deren wichtigste Vertreter kommen aus einem fundamentalismushen Umfeld, agieren aber, an die Macht gelangt, nicht mit erhoffter Ideologietreue, beispielsweise wenn sie den EU-Beitritt betreiben (dies übrigens ganz im Sinne Atatürks und seines Wortes: "Das einzige Mittel, die Menschen glücklich zu machen, ist, sie einander näher zu bringen").

Auf der anderen Seite ließen die Regierenden bislang ihre weltanschauliche Herkunft sehr wohl durchscheinen: So widersprachen sie der Entlassung fundamentalistisch gesinnter Offiziere im Nationalen Sicherheitsrat. So verschafften sie fundamentalistisch gesinnten Organisationen wie Milli Görüs ein Forum. So ließen sie fanatische Indoktrination in Koranschulen zu, etwa den Eid: "... ich werde alles tun, um an die Macht zu kommen, und werde alles daran setzen, dem kemalistischem System ein Ende zu setzen." Aber paradoxerweise können Terroristen auch und gerade durch solche Anbiederungen auf

den Plan gerufen werden: Sie glauben, nicht mit einem harten Durchgreifen des Staates bei Anschlägen rechnen zu müssen. Erschreckend matt wirkt in der Tat die Äußerung des Justizministers zu den fürchterlichen Attentaten: "Das können wir nicht akzeptieren". Die Regierung muss unter allen Umständen eine Lehre aus dem jetzt Geschehenen ziehen und sich in Wort und Handeln klar zum laizistischen Staat bekennen.

Eine Lehre ziehen sollte aber auch die Europäische Union - in der Frage des türkischen Beitritts. Wie von der "Föderation der Vereinigungen des Gedankenguts Atatürks in Europa" immer wieder betont, besteht ein kausaler Zusammenhang zwischen dem schier endlosen Zögern Europas und dem Erstarren des Fundamentalismus in der Türkei. "Der Westen will uns ja gar nicht. Schließen wir uns dem Osten an!" Wenn diese Formel reale Gestalt annähme, wäre das nicht nur schlimm für die Türkei, sondern auch für den Westen.

Dursun ATILGAN  
(Präsident)